



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Andreas Bleck MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

büero.schwarzeluehr@bmu.bund.de

www.bmu.de

Berlin, 12. Juli 2021

Bitte Anrede auswählen

Ihre Schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 6/529 bis 6/531 vom 25.
Juni 2021 (Eingang im Bundeskanzleramt am 5. Juli 2021) beantworte ich
wie folgt:

Frage 6/529

*„Wie hat die Europäische Kommission nach Kenntnis der Bundesregierung
auf das Schreiben der Wissenschaftler der IASTEC (International Association
of sustainable drivetrain and vehicle technology research), dass die Ge-
setze der Integrations- und Differentialrechnung nach Leibniz bei der Prog-
nose, die als Grundlage der Strategie der Europäischen Kommission zur
CO2-Vermeidung dient, nicht angewandt worden seien, reagiert
(https://www.focus.de/auto/elektroauto/nach-diesel-gate-tesla-gate-elektro-gate-nach-diesel-gate-forscher-ueber-rechenfehler-bei-e-autos_id_13418813.html) ?“*



Seite 2

Antwort

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse über mögliche Reaktionen der EU Kommission auf das in dem Artikel genannte Schreiben. Zur Aussage über die Feststellung der Wissenschaftler der IASTEC (International Association of sustainable drivetrain and vehicle technology research) wird auf die Antwort auf die Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 6/531 verwiesen: Wegen der Wirkungsweise des Emissionshandelssystems führt die zusätzliche Stromnachfrage durch E-Fahrzeuge nicht zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen. Dieses grundlegende Prinzip haben die Wissenschaftler nicht berücksichtigt.

Frage 6/530

„Ist in der Europäischen Union nach Einschätzung der Bundesregierung eine Überarbeitung der Emissionsberechnung für E-Fahrzeuge zu erwarten, nachdem die Wissenschaftler der IASTEC festgestellt haben, dass die CO₂-Emissionen für E-Fahrzeuge 2030 tatsächlich doppelt so hoch wie prognostiziert sein würden (ebd.)?“

Antwort

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Emissionsberechnung für E-Fahrzeuge plant. Zur Aussage über die Feststellung der Wissenschaftler der IASTEC wird auf die Antwort auf Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 6/531 verwiesen: Wegen der Wirkungsweise des Emissionshandelssystems führt die zusätzliche Stromnachfrage durch E-Fahrzeuge nicht zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen. Dieses grundlegende Prinzip haben die Wissenschaftler nicht berücksichtigt.



Seite 3

Frage 6/531

„Wird sich die Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union für eine Überarbeitung der Emissionsberechnung für E-Fahrzeuge einsetzen?“

Antwort

Nein. Die Bilanzierung der Treibhausgasemissionen erfolgt sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene nach dem Quellprinzip. Demnach werden im Stromsektor anfallende Emissionen dem Stromsektor zugeordnet. Da der Stromsektor Teil des Europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) ist, führt aufgrund der Mechanismen des EU ETS eine zusätzliche Stromnachfrage nicht zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen. Dieses grundlegende Prinzip haben die Wissenschaftler nicht berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schwanitz